

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamteile 20 Pf. Anzeigenannahme am Drucktag bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtparafise Nebra — Banverein Asten.

Nr 69

Donnerstag, den 11. Juni 1931.

44. Jahrgang

Der erste Schritt.

Das politische Wocheneende, das Deutschlands Kanzler und Außenminister auf dem Sommerfest des englischen Regierungschefs verbracht haben, ist nun schon Historie. Wird es der Anfang zu einem neuen, besseren Kapitel europäischer Geschichte sein? Viel Hoffnung eines eintrachtigen Volkes und einer gerüsteten Wirtschaft ist aufgetan. Und höher wie brühen ist es etwas wie zukunftstropher Glaube spürbar, daß das, was in diesen Tagen sich abspielte, so etwas wie der erste Schritt zu einer wiederbelebenden Tat gewesen ist. War die alte bedrückende Weltveränderung der letzte, der eine der schwersten Epochen deutscher Wirtschaftsgeschichte abgeschlossen hat?

Man muß in diesem Augenblick, wo man zum ersten Male die neuen Möglichkeiten, die jetzt gegeben sind, zu erkennen und zu überschauen sucht, daran erinnern, wie Chequers aufzande gekommen ist. Ergebenheit hatte die Anregung gegeben, daß die deutschen und die englischen Staatsmänner einmal ganz unter sich in intimer Unterhaltung sich um den Raumschiff setzen sollten und debattieren über die Dinge, die beide Nationen, die deutsche und die englische, in dieser Zeit besonders stark berühren. Die erste Veröffentlichung über solche Pläne fiel zeitlich zusammen mit der ersten Aufregung über das Vorhaben eines deutsch-amerikanischen Zollpaktens, dessen Ziel eine wirtschaftliche Union gewesen ist.

Hatte die Wocheneinladung nach Chequers wirklich nur den Sinn, Deutschland vor vielleicht unbedachten Schritten zu warnen? Oder hat man damals schon an die viel weitreichenden Probleme gedacht, die unter der Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise zur Weltfrage nach einer Lösung geradezu lörcen? Der Wiener Zollpaktgedanke ist schließlich auch nur ein Glied in dieser Kette verwandelter Lösungserwägungen, mit der eine bis zum Weltkrieg gebrachte Nation sich aus den Verstrickungen untragbarer Kriegsschulden zu befreien suchte.

Die deutschen Staatsmänner, nur von zwei Sekretären und einem Dolmetscher begleitet, sind zu dem intimen Besuch bei ihren englischen Kollegen allein erschienen. So war es vereinbart, so schien es wünschenswert. Aber einen Gast, wenn auch unheilbar, konnten sie von der Reisebegleitung nicht ausschließen: die bittere deutsche Not. Dießem Gast galt das ganze, sozajagen das einzige Interesse der Gespräche, die die Stunden am Kanal und im Park von Chequers ausfüllten. Man hat den Eindruck, daß es nicht allein englische Sympathie gewesen ist, wenn die Gäste über ihre teils den deutschen Sorgen ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet haben. Man hat längst erkannt, daß Deutschlands Not ganz Europa bedroht. Man hat sich nicht getraut in der englischen Zerstreuung die Warnung auszusprechen, daß die erzwungene Einstellung der deutschen Zahlungen die Finanzen aller beteiligten Mächte in Frage stellen würde.

Deutschland-Krise wird Europa-Krise! Das ist die Erkenntnis, die man in Chequers offiziell zur Grundlage für sämtliche politische Verhandlungen gemacht hat. Man weiß, daß England und Deutschland allein es nicht vermögen, zu verhindern, daß aus der Krise die Katastrophe wird. Niemand ist auch an eine deutsch-englische Affäre gedacht worden. Niemand hat deshalb von Chequers die Revision des Youngplans erwarnt.

Das Communiqué, das die Staatsmänner über Chequers ausgegeben haben, ist weit genug gefaßt, um den politischen Möglichkeiten, die nur gegeben sind, freien Raum zu lassen. Es besagt klar, daß beide Regierungen sich bemühen werden, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen. Es betont aber auch, die Notwendigkeit der Schaffung von „Ereignissen“ für Deutschland. Bemüht wird also jede Politik der Isolierung ausgeschlossen. Das gilt sowohl gegenüber Frankreich, wie insbesondere noch auch gegenüber Amerika. Die Reaktion der französischen Presse auf Chequers, sofern sie nicht gleichsam irritiert ist, läßt sich in drei Worten zusammenfassen. Die Franzosen begreifen nichts, können nichts begreifen und wollen nichts begreifen. Jede Verunft, jede Logik und jede Erschütterung prallt an der Pariser Psychologie ab. Man besteht auf seinem Schein und hofft sich im übrigen die Ohren zu. Die Not Deutschlands wird im besten Falle zu einer Sache hoher Abzogen und antiepothetischer Kalkulationen.

Es ist wohl nicht von ungefähr, daß die Europa-Reise des amerikanischen Außenministers Stimson und des amerikanischen Finanzministers Mellon im Zusammenhang mit der internationalen Diskussion über die Revision des Youngplans und über die Revision der Reparationsfähigkeit ganz stark mit dem englischen. Diese Probleme auch nur andeutend, heißt die Schlüsselstellung des Wocheneendes in Chequers für die aller nächste europäische Zukunft aufzuzeigen. Bereits in den nächsten Tagen wird die Moratoriumsfrage Deutschlands an die Mächte ergeben, die

Besprechungen mit dem rückkehrenden Vorkämpfer Sackett auf der „Europa“ geben den deutschen Staatsmännern von der amerikanischen Seite her ein weiteres Bild über den Erfolg ihres Englandbesuches, das durch die Begegnung mit MacDonald und Henderson in Berlin und Besprechungen in den umgebenden europäischen Hauptstädten durch unsere Diplomaten keine Abminderung sehr bald erhalten wird.

Die Heimkehr.

Brüning und Curtius aus London abgereist.

London, 10. Juni.

Der Reichskanzler und der Reichsaussenminister fuhrten, begleitet von Herrn von Reffen, Oberregierungsrat Brand und Dr. Schmidt, um 8.18 Uhr vom Waterloo-Bahnhof nach Southampton ab. Der deutsche Vorkämpfer begleitete sie die Southampton. Zur dem Bahnhof waren anwesend der österreichische Gesandte, Baron Frankenstein, Unterstaatssekretär Sir Robert Balfour, Kavalle Butler als Vertreter MacDonalds und Mort als Vertreter Hendersons.

Bei seiner Abreise drückte Dr. Brüning noch seine große Dankbarkeit für die heroisierende Aufnahme aus, die er und die deutsche Abordnung in Chequers und London gefunden hätten. Er hoffte, daß es dem englischen Ministerpräsidenten und Henderson möglich sei werde, in nicht allzu ferner Zukunft den Besuch in Deutschland zu erwidern. Er sei mit den Unterredungen, die er mit den englischen Staatsmännern geführt habe, sehr zufrieden und hoffe, daß sie für eine weitere internationale Zusammenarbeit außerordentlich nützlich sein würden.

Auch Dr. Curtius sprach seine große Befriedigung über seinen Aufenthalt in England aus. Die hier verlebten Tage brachte ferner, daß die deutschen Minister sich ganz besonders durch die Audienz beim König ausgezeichnete geführt hätten.

Verzögerung in Southampton.

Nebliges Wetter und schlechte Sicht im Kanal führten zu einer Verzögerung der Abreise der deutschen Gäste von Southampton. Bei ihrer Ankunft in Southampton wurden sie davon verständigt, daß die „Europa“, mit der sie nach Hamburg weiterfahren wollten, infolge des Nebels wahrscheinlich nicht vor 13.30 Uhr in Genua vor Anker gehen werde. Der Botschafter von Southampton lud den Kanzler und den Reichsaussenminister sofort ein, die Gelegenheit wahrzunehmen, sich die Hofanlagen und die Stadt anzusehen sowie mit ihm zu frühstücken. Das Angebot wurde jedoch höflich abgelehnt, und die deutschen Herren zogen es vor, in ihrem Sonderwagen zu bleiben. Ihre Entscheldung ist ferner durch das schlechte Wetter mit beeinflusst worden. Als die Ankunft der „Europa“ auf der Rede von Genua gemeldet wurde, begaben sich der Reichskanzler, der Reichsaussenminister und ihre Begleiter an Bord des Torpedoboots „Wingheller“, dessen Mannschaft zu ihrem Empfang angetreten war. Nach kurzer Fahrt ging die „Wingheller“ längsleits der „Europa“, neben deren Riesegröße sie nahezu verschwand. Wieder trat die Mannschaft an, und die deutschen Herren verabschiedeten sich von dem Kommandanten, wobei sie für die Aufmerksamkeit der Admiralität, ein Kriegsgefährt zu ihrer Verfügung zu stellen, ihren Dank aussprachen.

Als die deutschen Minister an Bord der „Europa“ gingen, wurden sie von dem Kapitän des Schiffes begrüßt. Die Musik spielte die Nationalhymne, und viele der Passagiere, die dem Schauspiel mit großem Interesse zugehört hatten, begrüßten die Neuangehenden lebhaft.

Heber Bremen geht die Heimreise nach Berlin, wo Brüning und Curtius am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr eintreffen werden.

Frankreich und Italien informiert.

Außenminister Henderson hat den französischen und den italienischen Vorkämpfer im Foreign Office empfangen und ihnen den Inhalt der Chequersbesprechungen mitgeteilt. Es geschah dies, wie die „Times“ meldet, um die italienische und französische Regierung nicht unnötig lange warten zu lassen.

Deutsche Einladung von MacDonald angenommen
Ministerpräsident MacDonald und Außenminister Henderson haben die anlässlich des Besuchs in Chequers ausgesprochene deutsche Einladung zu einem Gegenbesuch in Berlin angenommen. Der Zeitpunkt und die Einzelheiten dieses Besuchs stehen zur Zeit noch nicht fest.

Ein Gerücht:

Transfer-Moratorium noch diese Woche?

Berlin, 10. Juni.

In politischen Kreisen verläuft gerüchtweise, der Reichskanzler werde sofort nach seiner Rückkehr das Reichsamt zusammenberufen, um über das Ergebnis der Besprechungen in Chequers zu berichten.

Entgegen anderslautenden Meldungen kann in diesem

Zusammenhang festgestellt werden, daß ein Beschluß der Reichsregierung, ein Transfer-Moratorium zu erklären (d. h. den Transfer des als auffchiebar bezeichneten Teiles der laufenden Jahreszahlungen auszufrieden), selbstverständlich zur Zeit noch nicht vorliegt.

Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß das Kabinett diese Frage auf Grund der Londoner Besprechungen eingehend erörtern wird. In politischen Kreisen hat man ferner Zweifel darüber, daß das Reichsamt nicht umhin können wird, einen derartigen Beschluß zu fassen. Jedoch dürfte der Reichskanzler vor der Veröffentlichung eines derartigen Beschlusses dem Reichspräsidenten in Neudorf Beratung halten. Nach Lage der Dinge rechnet man also bis spätestens Ende dieser Woche damit, daß die deutsche Reichsregierung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt habe, um alle Möglichkeiten des Youngplans auszunutzen.

... und seine Widerlegung.

Ämtlich wird mitgeteilt, Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Einführung eines Transfer-Moratoriums treffen würde, wird von zuständigen Stelle festgestellt, daß diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren. Die Reichsregierung hat keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie wird sich auch durch bevorstehende Besprechungen nicht zu vorläufigen Handlungen drängen lassen. Es kann allerdings nicht verwunden werden, daß Informationen solcher Art geeignet sind, die Reichsregierung in ihrer handlungsfreiheit zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.

Sauerwein über ein Moratorium.

Die Pariser Presse widmet der Zukunftsmut in Chequers weitere Kommentare. Sauerwein erklärt im „Matin“, daß man sich jetzt in der Richtung auf ein Moratorium bewege. Deutschland wolle keine europäischen Pflichten zu einer Zahlungsannahme mit Washington eingehen, um den Boden für die Abschaffung des Moratoriums auch auf der internationalen Ebene zu bereiten. Man wird auch die europäischen Pflichten, bevor ein Moratorium für Deutschland nicht sehr groß sei, würde es doch ermutigen wirken und die Propaganda der äußersten Rechten und Linken im Reich abschwächen.

Nach der Meinung des „Echo de Paris“ haben die Engländer in Chequers den deutschen Ansprüchen widerstanden und darauf hingewirkt, daß die Lösung der Reparationsfrage nur in Washington zu suchen sei. Es sei jedoch unvorstellbar, zu glauben, daß die Verhandlungen mit der Begegnung in Chequers erschöpft sein könnten. Das sei vielmehr nur ein Anfang.

Amerika und die Schuldfrage.

Keine Revision ohne wirkliche Abklärung.

Neuport, 10. Juni.

Obwohl die Berichte über die Stellungnahme der Washingtoner Regierung in Einzelheiten stark voneinander abweichen, stimmen sämtliche Meldungen in der Feststellung überein, daß die Regierung bei allem Verständnis für Deutschlands schwierige Lage keine Moratoriumserklärung oder Revisions-Initiative vor dem Ende des Sommers erwarte.

Die Kundgebung des Reichsamtens werde in Washington Regierungskreisen eher als für den Hausgebrauch bestimmte „Veränderung der neuen Steuerpläne“, denn als unumverfügbares offizielles Revisionsersuchen gebietet. Die Pressekommentare weisen aber einmütig darauf hin, daß eine wesentliche Herabminderung der europäischen Zahlungen die Hoover-Regierung zweifellos dazu führen könnte, an die Frage der Revision der internationalen Schuldenabmachungen mit größerem Wohlwollen heranzutreten. Stimuln werde nicht verfehlen, den Standpunkt der amerikanischen Regierung mit stärkstem Nachdruck in den europäischen Hauptstädten vorzutragen.

Er werde gleichzeitig hervorheben, daß ohne eine wirkliche Abklärungseinschränkung der europäischen Mächtigeder amerikanische Kongreß noch die öffentliche Meinung Americas für ein Entgegenkommen in der Schuldfrage zu gewinnen ließen.

„Newport Times“ hält es nicht für unmöglich, daß ein praktischer Weg gefunden werden kann, der die Schuldfrage mit der Abklärung verknüpft. Die Schuldabkommen stellen ein wertvolles Handelsobjekt in den Händen Americas dar und arbeiten für die Sicherung des Weltfriedens.

Angestelltervertreter beim Finanzminister.

Abänderungswünsche zur Notverordnung.

Berlin, 10. Juni.

In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen Vertreter der Organisationen der Behördenangestellten ihre Bedenken gegen die neue Gehaltskürzung vor. Sie forderten eine Abänderung der Notverordnung, daß auch die Behördenangestellten statt der Gehaltskürzung der Kriegenoffiziere unterworfen werden sollten, falls eine neue Weltung nicht vermieden werden könne. Gleichzeitig wurde von den Organisationen die alsbaldige Herausgabe

der wöchentlichen Arbeitszeit bei den Reichsverwaltungen auf 48 Stunden als notwendig bezeichnet.

Hauptauschuß des Preußenlandtags.

Die Auslegung der politischen Klausel.

Berlin, 10. Juni.
Im Vordergrund der Beratungen des Hauptauschusses des Preußenlandtags über den ewigwährenden Friedensvertrag stand die Erklärung der sogenannten politischen Klausel des Vertrages, wonach die höheren Richterämter nur mit Persönlichkeiten von unzeitweiliger lokaler Einstellung zur Verfassung besetzt werden dürfen.
Von deutschnationaler Seite wurde erklärt, daß niemanden die lokale Einstellung zur Verfassung abgesprochen werden dürfe, der unter Wahrung der Gewalt die ihm durch Verfassung und Gesetz gemäßen Staatsbürgerrechte ausübe, zum Beispiel bei Beteiligung an einem Volksbegehren, bei der Ausübung des Stimmrechtes oder bei gesetzlich zulässigen Betätigungen in den politischen Parteien. Der Vertreter der Volkspartei äußerte starke Bedenken gegen die politische Klausel und gab der Ansicht Ausdruck, daß durch sie eine Verquickung von Partei- und Staatspolitik zu befürchten sei. Die Staatsregierung müsse Klarstellen, was unter staatspolitischen Bedenken zu verstehen sei. Die Volkspartei behaupte, daß kein unparteiisches Schiedsgericht vorgehen sei.

Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Berlin, 10. Juni.
Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 31. Mai 1931 war die Entwicklung des Beschäftigungsstandes in der zweiten Hälfte des Monats Mai nicht ungünstig. Die Zahl der bei den Arbeitssamtern gemeldeten Arbeitslosen hat um rund 144 000 abgenommen und betrug am 31. Mai 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtage — nach einem Rückgang um rund 134 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Befolgung der Kriterienförmige hat sich um etwa 15 000 auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Ueber die Aufstellung der Gesamtzahl der Arbeitslosen nach der Zeitdauer der Unterfertigung liegen zur Zeit Zahlen erst für Ende April vor. Zu diesem Zeitpunkt wurden von 100 Arbeitslosen im Reichsdurchschnitt 86,7 unterfertigt, davon die Hälfte aus der Arbeitslosenversicherung, knapp ein Viertel aus der Kriterienförmige, etwas mehr als ein Viertel aus Mitteln der öffentlichen Förmige. Im Gegensatz zu den Zahlen des Monats April sind die Zahlen für den 31. Mai ein Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Die Landwirtschaft hat besonders in den klimatisch begünstigten Gebieten etwas stärkeren Bedarf an Arbeitskräften entwickelt. Im Bauergewerbe hat sich die Saisonbeladung in dem erwarteten schwachen Umfang weiter entwickelt.

Die internationale Arbeitskonferenz.

Albert Thomas über die Aufgaben der Arbeitsorganisation.
Genf, 10. Juni.

Die Internationale Arbeitsorganisation hat am 10. Juni eine internationale Arbeitskonferenz die große Schlußrede, die eine Zusammenfassung der bisherigen Arbeiten der internationalen Arbeitsorganisation und eine Darstellung der gegenwärtigen großen sozialen und wirtschaftlichen Probleme brachte. In anderthalbstündigen Ausführungen behandelte Thomas die Rolle der internationalen Arbeitsorganisation, ohne jedoch die erwartete grundsätzliche Stellungnahme über die internationalen Kriterienförmigen der Weltwirtschaft und deren Lösungsverläufe darzulegen.

Wenn das internationale Schulden- und Reparationsproblem zur Erörterung gestellt würde, so könnte vielleicht durch finanzielle Mittel eine Regelung gefunden werden, die zur Behebung der Weltwirtschaftskrise beitragen würde. Damit werde jedoch die Weltwirtschaftskrise noch nicht völlig gelöst, und die Einzelkrisen würden unverändert bestehen bleiben.

Der Gedanke der Arbeitslosenversicherung habe in den letzten Jahren enorme Fortschritte gemacht. Während es 1919 in Europa 10 Millionen gegen Arbeitslosigkeit versicherte gab, hat diese Zahl im Jahre 1931 auf über 40 Millionen zugenommen. Die Waffisierung des Washingtoner Abkommens müsse mit allen Mitteln in den einzelnen Ländern jetzt vorgenommen werden. Die englische Regierung habe bisher in der ersten Reihe der Kämpfer für die große soziale Idee gestanden und habe als erste die ersten sozialen Reformen durchgeführt. Alle großen englischen Staatsmänner hätten sich für die großen Ideale der internationalen Arbeitsorganisation offen bekannt. Die Wortführer der englischen Arbeiter gegen die heutige englische Regierung wegen Verzögerung des Washingtoner Abkommens seien berechtigt. Die von der englischen Regierung jetzt eingenommene Haltung entspreche nicht mehr der bisher besorgten Tradition.

Deutsche Tageschau.

Bayerische Volkspartei gegen Notverordnung.

Die Bayerische Volkspartei-Sprekorporendenz wendet sich in einer kritischen Besprechung der Notverordnung gegen die Bestimmungen, die den Ländern auferlegt, daß sie die Eingparungen, die sie durch die Sitzung der Vertreter der Bundesräte erzielen, grundsätzlich den Gemeinden zur Deckung der Wohlfrühförmigen zur Verfügung stellen sollen. Der bayerische Staat werde seine Gemeinden nicht im Stich lassen, aber Bayern müsse es frucht abgeben, daß ihm reichsgesetzlich vorgeschrieben wird, wie es diese Aufgabe durchzuführen hat. Auch der ganze Aufbau der Bestimmungen, wie die Gehaltsförmigen bei den Ländern und Gemeinden wirksam werden sollen, verurteilt die Volkspartei. Das Verbot erlosge wegen der Wirtschaftskrise praktisch zu ebnen.

Die Königsberger Zeitung „Die schwarze Fahne“ auf drei Wochen verboten.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat gemäß § 1 Abs. 1, Ziffer 2 und 12 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Auslegungen vom 28. März dieses Jahres die Zeitung „Die schwarze Fahne“ in Königsberg i. Pr. auf die Dauer von drei Wochen, und zwar vom 9. bis zum 29. Juni 1931 einschließl. verboten. Das Verbot erlosge wegen des Inhalts, der in der größeren Beilage? in Nummer 22 der Zeitung „Die schwarze Fahne“ vom 3. Juni 1931, durch den der Verbotserklärung zufolge Behörden und leitende Beamte des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden.

Auslands-Rundschau.

Polnische Bedauern über die Einstellung der Liquidationen.

Durch den Abbruch der Verhandlungen über die Auslegung der Wiener Konvention über die Staatszugehörigkeit sind einer Reihe von Deutschen in Polen ihre unrichtig liquidierten Güter wieder zurückgegeben worden, nachdem ihre Staatszugehörigkeit zu Polen einwandfrei festgestellt wurde. Ueber diese Selbstverständlichkeit ist der „Kurjer Wlozanski“ höchst empört. Er nennt diese Maßnahme „ein weiteres Glied von Zugeständnissen zu Gunsten der Deutschen“. Im übrigen Europa nennt man das ein Wieder-gutmachen eines Rechtsirrtums.

Deutsche Goldsendungen nach London.

Die Bank von England erhielt 1 011 000 Pfund in Gold, das aus Deutschland gekommen sein soll. „Financial News“ rechnen damit, daß in den nächsten Tagen weitere Goldsendungen aus Deutschland eintreffen werden. Man glaubt, freilich der „Daily Express“, daß eine Fortsetzung der großen Goldausfuhr aus Deutschland die Krise beschleunigen würde, die dieses Land bedrohe. Deshalb werde an der Börse die Notwendigkeit der Einstellung der Reparationszahlungen lebhaft erörtert.

Streit um die Klagemauer geschloßen.

Der Bericht der Internationalen Kommission zur Regelung der Streitigkeiten zwischen Juden und Mohammedanern um die Klagemauer in Jerusalem ist nunmehr veröffentlicht worden. Die Kommission, die von der englischen Regierung eingeleitet und vom Völkerbundrat anerkannt worden ist, hat befunden, daß die Klagemauer Eigentum der Mohammedaner ist, daß aber unter gewissen Bedingungen die Juden jederzeit Zutritt zur Klagemauer zur Verrichtung religiöser Handlungen erhalten müßten. Politische Ansprüche sowie Kundgebungen sind jedoch verboten.

Kleine politische Meldungen.

Glückwunschtelegramm anlässlich der Eröffnung der Luftverkehrslinie nach China. Aus Anlaß der Eröffnung der Luftverkehrslinie Shanghai—Manduria hat zwischen Reichsvertehrminister von Güterard und dem Verkehrsminister des chinesischen Reiches, Wang Tsing, ein Austausch von Glückwunschtelegrammen stattgefunden.

Zu den deutsch-rumänischen Handelsverhandlungen. Zu den deutsch-rumänischen Handelsverhandlungen, die in Berlin begonnen haben, wird darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen keineswegs in irgendeinem Zusammenhang mit der Frage der Zollunion ständen.

Neue Tobesurteile der OGPU. Die OGPU hat in Jersak eine Anzahl Personen verurteilt, die konterrevolutionäre Propaganda gegen die Kollektivierung getrieben haben. Vier von den Verurteilten wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Tobesurteile wurden sofort vollzogen.

Der Sultan von Marokko besucht Doumer. Der Sultan von Marokko beabsichtigt, sich demnächst an Bord eines Kreuzers nach Frankreich einzuschiffen, um dem neuen Präsidenten der Republik, Doumer, einen Besuch abzustatten.

Aus der Umgegend

Hebra, 10. Juni.

Heimattag Burgschützungen.

Im Mittelpunkt des Heimattages steht natürlich das von Studentrat Franz Hoff angeordnete Heimatfest: „Tring und Jentim“ in Burgschützungen.

einbräutliche Bilder, passende Handlung und langweilige Worte den Tag zu einem Erlebnis machen. Wenn ferner das Wetter einigermassen schön bleibt, dann wird auch die wunder-volle Schönheit des Parkes und der Landschaft noch dazu beitragen, das Aufmerksamkeitslose dieses Tages zu betonen. Die schon erprobte Klangwirkung legte schon den Gedanken nahe, das Spiel musikalisch zu umrahmen und auslingen zu lassen. Da ein Orchester nicht zur Verfügung steht, blieb das gefungene Wort zur Verwendung übrig. Um welchen fruchtbareren Boden die Anregung fiel, beweist das Anbieten der Sängervereine. Freiburg—Vaucha, sich in den Dienst der Sache zu stellen. Diese Stellungnahme ist wohl in erster Linie dem Chorleiter der Gruppe, Lehrer Mihler-Vaucha, zu verdanken, der nicht bloß an den Vortragsproben einen Anteil nahm, sondern die Gelegenheit zur Mitwirkung nachstich zu einem Gruppenfest erweiterte. Damit führt er nach 200 Sängern aus den Orten Freiburg, Vaucha, Fibra, Baltsch, Grohena und Chersoda dem feste zu. Die Besonderheit des Spiels liegt es freilich nahe, von einer unmittelbaren Mitwirkung am Spiel oder nur auf dem Festplatz abzusehen. Der Eindruck des Spiels soll in seiner Weise geföhrt werden. Umso wertvoller ist die Mitwirkung bei der Vortragsammlung im Gasthof zur Burgschützungen. Dort schafft sie durch vorzüglich geeignete Lieder den Rahmen, die Stimmung für eine Heimatnagung und eine glückliche Ergänzung zu Vortrag und Lichtbild. Größtes Interesse wird das „Heimatlied“ von Dahn-Freiburg erwecken, dessen Kompositist als Liedermittler in der Gruppe erfolgreich tätig ist. Er hat dieses für eine Singstimme gelesene Lied eigens zu obigen Zweck auch für Männerchor bearbeitet. Dem Deutschen Sängerbunde und seiner Untergruppe möchten wir aber heute schon im voraus danken, wie er das deutsche Lied in den Dienst der Heimbewegung und Heimatpflege stellt. Was wäre ein Heimattag ohne Heimatlied?

Schweineschlachtung.

Die Schweineschlachtung am 1. Juni ergab in 269 nichthaltenen Sauschaften einen Bestand von 575 Schweinen.

Fahrlässige Tötung.

Aus betrieblichen Gründen verlor am Donnerstag, dem 11. Juni 1931, ab 8 649 geistigen Beschlehen und Arteten 3 Minuten früher wie folgt: Breitenbach ab 16:29 (bisher 16:26), Reinsdorf ab 16:35 (bisher 16:32), Arteten am 16:40 (bisher 16:37).

Was bedeutet U.S.B.?

Viele wissen es sehr wohl, wie dies Vorkommen zu deuten sind. „Landwirtschaftliche Hausfrauenverein“. Viele Hausfrauen gehören einem solchen Verein an und haben aus diesem Zusammenschluß manche wertvolle Anregung, manchen Anlaß für ihren Sauschaft, ihre Wirtschaft erhalten. Die Landfrau kann unter den besten Verhältnissen nicht mehr ihre eigenen Wege gehen, sie muß einer Berufsvertretung angeschlossen und das ist eben für die Landfrau der U.S.B. In der Provinz Sachsen gibt es bis jetzt 98 U.S.B. Einzelne Kreise stellen noch zurück, z. B. der Kreis Naumburg. Geleentlich der Kreisversammlung Naumburg am 27. und 28. Juni soll für den Kreis Naumburg noch fehlende U.S.B. ins Leben gerufen werden. Alle Hausfrauen, die der U.S.B.-Arbeit noch fern stehen, werden aufgefordert, zur Gründungsversammlung, die Frau Kammer-

referentin Breuer übernommen hat, am Sonntag, dem 28. Juni, 11 Uhr, im Ratskelleraal anwesend zu sein. Alle Mitglieder anderer U.S.B. werden gebeten, die noch ausstehen auf die Bedeutung, den Wert der U.S.B. hinzuweisen, damit auch ihre Berufskollegen die Vorteile aus dem Zusammenhänge der Landfrauen ziehen können. Der neugegründete U.S.B. wird dann hoffentlich bald die Bedeutung der Vorkommen U.S.B. erkennen und schätzen lernen.

Sommer- und Herbstreisen 1931 der Schiller-Akademie.

Die Schiller-Akademie bringt im Rahmen ihrer üblichen kulturellen Veranstaltungen auch im kommenden Sommer und Herbst eine Reihe von allgemein zugänglichen, gemeinnützigen Studien- und Ferienfahrten zur Durchführung, die unter anderem im Juni und September nach dem Sommerland Dalmatien, in den Ferienmonaten Juli und August nach den Weltstädten Wien, Budapest, Paris und London sowie nach Norwegen, Schweden und Dänemark führen. Anlässlich der Studienfahrt nach Paris werden die Schlachtfelder und Gräber um Verban besucht und kann ein Ausflug in die Normandie und nach den Weltstädten Deauville und Trouville unternommen werden, während von London aus Ausflüge nach Oxford und zur Insel Wight sowie nach Schottland vorgesehen sind. Im Herbst veranstaltet die Akademie zwei besonders schöne Fahrten, und zwar eine Reise nach Spanien und Marokko und eine Fahrt nach Athen-Romantikopel zu überaus günstigen Bedingungen. Ausführliche Beschreibung zu diesen weitverbreiteten Veranstaltungen verendet gegen 15 Pfennig Porto kostenlos die Verwaltung der Schiller-Akademie in München-Grinwald.

Wählt der 13. Junireisende einen neuen Führer?

Der langjährige Kreisvertreter des Junireisenden trägt sich mit Rücktrittsgedanken, da sein Gesundheitszustand nicht der beste ist. Eine am 28. und 29. Juni in Weimar stattfindende Kreisversammlung wird sich u. a. auch mit der Frage eines Nachfolgers für P. Henkel beschäftigen. Wenn man auch die Ansicht des bisherigen großen Führers verstehen kann, so wird man ihm doch ungenügend finden, wenn er verpörrt er doch so reist die Qualitäten eines Führers, so geföhrt wie auch moralischer Hinsicht.

Die neue Belastung des Gewerbes.

Durch die neue Kreissteuer hat Handel und Gewerbe erneut durch Steuern schwer belastet. Nach den Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zählt der Gewerbetreibende bei einem Einkommen von jährlich

2000 Rm.	15 Rm.
4000 Rm.	40 Rm.
8000 Rm.	120 Rm.
12000 Rm.	180 Rm.
25000 Rm.	500 Rm.
80000 Rm.	1600 Rm.
150000 Rm.	8750 Rm.
300000 Rm.	9000 Rm.
1000000 Rm.	35000 Rm.
1,5 Millionen Rm.	60000 Rm.

Soll auf diese Weise wirklich ein Abbau der Preise und eine allgemeine Senkung der Wirtschaftslage erzielt werden?

Benennung.

Nachdem von der Tagesausgabe der Zeitung die Zustimmung zu der Erteilung des Zuschlages auf das im dem Verpachtungstermin abgelaufene einjährige Gebot von 800 Mark erteilt wurde, ist vom 1.8.1931 die hiesige Jagd auf weitere 9 Jahre an den Landwirt Albin Jädel verpachtet. Als Mitpächter in den Vertrag ist der Landwirt C. Wolf eingetragen. Beide sind hier wohnhaft. Die Jagd umfasst etwa 2280 Morgen.

Vaucha.

Am Sonntag fand im Saale des hiesigen Schützenhauses eine Krieger-Versammlung des Saale-Anstift-Erbesitzes statt. Nach einer vorausgegangenen Sitzung der Bezirksvorstände wurde die Versammlung durch Oberarzt Witte aus Naumburg eröffnet. Er sprach zunächst über die Wäe unseres Vaterlandes und die Treue und Kameradschaft in allen Vereinen und auch im Bund, der jetzt rund drei Millionen Mitglieder zählt. Nach den Begrüßungsansprachen hielt der Gruppenführer, Oberpfarrer Goebde-Vaucha einen Vortrag über das Verfallensschicksal Vaucha, erwähnte die Schöphheiten und Sehenswürdigkeiten und griff dann über auf das Vaterland, das jetzt als Sorgenkind betrachtet und behandelt werden muß. Es wurde beklagt, daß sich der Kriegerverein Naumburg dem Bezirk angegeschlossen hat und daß von insgesamt 10 Vereinen 7 Vereine auf der Versammlung vertreten waren. Nach einem kurzen Vortrag über den Stahlhelmtag in Vaucha wurde erwäht, daß sich der hiesige Bezirk beim Volksbegehren „Landtagsauflösung“ am Harten beteiligt hat. Amneregt wurde ferner der Antrag auf Erhöhung der Beiträge um jährlich 5 Pfennig pro Mitglied. Dieser Antrag wurde schließlich einstimmig angenommen. Nach der Rechnungslegung wurde dem Kreistag Entlastung erteilt.

Kochs.

Beim Spielen verunglückte ist ein junger Mann eines Sommerbau Klubs, der am Sonntag eine Waltpartei hierher machte. Kurz hinter dem Dorfe im Walde kam ein Mitglied während eines Gesellschaftsspiels zu Fall und fiel so unglücklich auf einen abgedackten Pfenntammstumpf, daß ihm dieser in den Leib drang. Da die Verletzung ziemlich schwer war, wurde er mit dem Kreis-Krankenauto nach Sommerburg zurüdgebracht.

Naumburg.

Die 12. Hauptversammlung des Deutschen Beamtenbundes, Bezirksartell Sachsen, fand am Sonnabend und Sonntag in Naumburg statt. Die Hauptversammlung nahm u. a. einen Dringlichkeitsantrag Berningerode über Präsentationsaktion und Umwandlung der Beamten-eigenschaft in Angestelltenverhältnisse einstimmig an. Im zweiten Teil der Tagung sprach Dr. Richard Berlin, über die Notverordnung und die neue Kürzung der Beamtengehälter. Anlässlich dieser die Versammlung eine Entschlüsselung an, in der der Hauptauschuß dem Bezirksartell Sachsen des Deutschen Beamtenbundes mit Enttätigung, wie es in der Entscheidung heißt, von der erneuten ähmeren Befolgung der Beamten-eigenschaft durch die Notverordnung Kenntnis nimmt. Die Vertreter von rund 60000 Beamten forderten darin die sofortige Einberufung des Reichstages und Aufhebung der Notverordnung, ferner Einstellung der Zahlungen aus den Vermögenswerten des Vermögensplans mit dem Ziel einer wesentlichen Läh-

Nebröer Anzeiger

Ämtliches Blatt Des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhlenen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhlenen.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernprediger: Amt Köhlenen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 28332

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamtell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebrö — Bankverein Artern.

Nr 69

Donnerstag, den 11. Juni 1931.

44. Jahrgang

Der erste Schritt.

Das politische Bodenende, das Deutschlands Kämpfer und Außenminister auf dem Sommerfest des englischen Regierungschefs verbracht haben, ist nun schon historische. Wird es der Anfang zu einem neuen, besseren Kapitel europäischer Geschichte sein? Viel Hoffnung eines eintrüben Volkes und einer zerrütteten Welt ist aufgestanden. Und haben wir drüben ist so etwas wie zukunftsreiche Spiele, so etwas wie der erste Schritt zu einer wiederbefreienden Tat gewesen ist. War die alle bezeichnende Notverordnung der letzte, der eine der schwersten Epochen deutscher Wirtschaftsgeschichte abgeschlossen hat?

Man muß in diesem Augenblick, wo man zum ersten Male die neuen Möglichkeiten, die jetzt gegeben sind, zu ordnen und zu überschauen sucht, daran erinnern, wie Chequers zustande gekommen ist. Argentinier hatte die Regierung gegeben, daß die deutschen und die englischen Staatsmänner einmal ganz unter sich in intimer Unterhaltung sich um den Raubstich setzen sollten und debattieren über die Dinge, die beide Nationen, die deutsche und die englische, in dieser Zeit besonders stark berühren. Die erste Veröffentlichung über solche Worte fiel zeitlich zusammen mit der ersten Aufregung über das Vorhaben eines deutsch-amerikanischen Zollpakt, dessen Ziel eine wirtschaftliche Union gewesen ist.

Hatte die Wochenendeinladung nach Chequers wirklich nur den Sinn, Deutschland vor vielleicht unbedachten Schritten zu warnen? Oder hat man damals schon an die weitreichenden Probleme gedacht, die unter der Führung der wirtschaftlichen Krise zur Katastrophe nach einer Lösung geradezu schreien? Der Wiener Zollpaktgedanke ist schließlich auch nur ein Glied in dieser Kette verzweifter Lösungsversuche, mit der eine bis zum Weltkrieg gehörigen Nation sich aus den Verstrickungen untragbarer Krisenstände zu befreien sucht.

Die deutschen Staatsmänner, nur von zwei Vertretern und einem Dolmetscher begleitet, sind zu dem intimen Besuch bei ihren englischen Kollegen allein erschienen. So war es vereinbart, so schien es wünschenswert. Aber einen Gast, wenn auch unwillig, konnten sie von der Beisehung nicht ausschließen. Die bittere deutsche Not. Die dem Gast galt das ganze Gespräch das einzige Interesse der Gespräche, die die Stunden am Ramin und im Park von Chequers ausfüllten. Man hat den Eindruck, daß es nicht allein englische Höflichkeit gewesen ist, wenn die Gastgeber auch ihre eigenen deutschen Sorgen ihre ganze Aufmerksamkeit gewidmet haben. Man hat längst erkannt, daß Deutschlands Not ein Europa bedroht. Man hat sich nicht geteigert in der englischen Deffektivität die Warnung auszusprechen, daß die erzwungene Einstellung der deutschen Zahlungen die Finanzen aller beteiligten Mächte in Frage stellen würde.

Deutschland-Krise wird Europa-Krise! Das ist die Erkenntnis, die man in Chequers offiziell zur Grundlage für fünfzig politische Stunden gemacht hat. Man weiß, daß England und Deutschland allein es nicht vermögen zu verhindern, daß aus der Krise die Katastrophe wird. Niemand ist auch an eine deutsch-englische Affäre gedacht worden. Niemand hat deshalb von Chequers die Revision der Youngplans erwartet.

Das Communiqué, das die Staatsmänner über Chequers ausgegeben haben, ist weit genug gefaßt, um den politischen Möglichkeiten, die nun gegeben sind, freien Raum zu lassen. Es heißt klar, daß beide Regierungen sich bemühen werden, die gegenwärtige Krise in enger Zusammenarbeit mit den anderen beteiligten Regierungen zu beseitigen. Es betont aber auch, die Notwendigkeit der Schaffung von Erleichterungen für Deutschland. Demüht wird also jede Politik der Forderung ausgeschlossen. Das gilt sowohl gegenüber Frankreich, wie insbesondere wohl auch gegenüber Amerika. Die Reaktion der französischen Presse auf Chequers, sofern sie nicht selbstbewußt inipriert ist, läßt sich in drei Worten zusammenfassen. Die Franzosen begreifen nichts, können nichts begreifen und wollen nichts begreifen. Jede Vermutlich, jede Gage und jede Erschütterung prallt an der Pariser Psychologie ab. Man besteht auf keinem Schein und klopft sich im übrigen die Ohren zu. Die Not Deutschlands wird im besten Falle zu einer Sache hoher Phrasen und antiepothetischer Kalkulationen.

Es ist wohl nicht von ungefähr, daß die Europa-Krise des amerikanischen Außenministers Stimson und des amerikanischen Finanzministers Mellon im Zusammenhang mit der internationalen Diskussion über die Revisionsnotwendigkeit und über die Revisionsmöglichkeit ganz besonderes Interesse beansprucht. Man wird beachten müssen, daß jetzt Amerika zum ersten Male die Möglichkeiten einer Umstellung der amerikanischen Außenpolitik auch im Zusammenhang mit der Frage der Schuldenrevision erörtert wird, wobei allerdings Europas Abwicklungsprozess zur Grundlage des Kernproblems gemacht wird. — Ohne Zweifel keine Schuldenrevision! Hier tangiert sich das deutsche Interesse an einer Revision der Reparationspolitik ganz stark mit dem englischen. Diese Probleme auch nur andeuten, heißt die Schlüsselstellung des Weefendes in Chequers für die allernächste europäische Zukunft aufzeigen. Bereits in den nächsten Tagen wird die Moratoriumsforderung Deutschlands an die Mächte ergeben, die

Besprechungen mit dem rückkehrenden Völkischer Seckel auf der „Europa“ gehen den deutschen Staatsmännern von der amerikanischen Seite her ein weiteres Bild über den Erfolg ihres Englandsbesuches, das durch die Begegnung mit MacDonald und Henderson in Berlin und Besprechungen in den maßgebenden europäischen Hauptstädten durch unsere Diplomaten seine Abordnung sehr bald erhalten wird.

Die Heimkehr.

Brüning und Curtius aus London abgereist.

London, 10. Juni.

Der Reichszugler und der Reichsaussenminister fahren, begleitet von Herrn von Reffen, Oberregierungsrat Brand und Dr. Schmidt, um 8.18 Uhr vom Waterloo-Bahnhof nach Southampton ab. Der deutsche Völkischer begleitet sie die Southampton. Auf dem Bahnhof waren anwesend der österreichische Gesandte, Baron Grafenstien, Unterstaatssekretär Sir Robert Phillimore, Neville Butler als Vertreter Macdonalds und Wolf als Vertreter Hendersons.

Bei seiner Abreise drückte Dr. Brüning noch seine große Dankbarkeit für die hervorragende Aufnahme aus, die er und die deutsche Abordnung in Chequers und London gefunden hätten. Er hoffe, daß es dem englischen Ministerpräsidenten und Henderson möglich sein werde, in nicht allzu ferner Zukunft den Besuch in Deutschland zu erwidern. Er sei mit den Unterredungen, die er mit den englischen Staatsmännern geführt habe, sehr zufrieden und hoffe, daß sie für eine weitere internationale Zusammenarbeit außerordentlich nützlich sein würden.

Auch Dr. Curtius sprach seine große Befriedigung über seinen Aufenthalt in England aus. Die hier verlebten Tage bräunten eine Woche lang. Die hier verlebten Tage waren besonders durch die Audienz beim König ausgezeichnet gefühlt.

Verzögerung in Southampton.

Nebligtes Wetter und schlechte Sicht im Kanal führten zu einer Verzögerung der Abreise der deutschen Gäste von Southampton. Bei ihrer Ankunft in Southampton wurde sie davon verständigt, daß die „Europa“, mit der sie nach Hamburg weiterfahren wollten, infolge des Nebels wahrheitsgemäß nicht vor 13.30 Uhr in Comes vor Anker gehen werde. Der Völkischer mit Southampton und den Kanzler und den Reichsaussenminister sofort ein, die Belegenheit wahrzunehmen, sich die Anlagen und die Stadt anzusehen sowie mit ihm zu frühstücken. Das Angebot wurde jedoch höflich abgelehnt, und die deutschen Herren zogen es vor, in ihrem Sonderwagen zu bleiben. Ihre Entschädigung ist sicher durch das schlechte Wetter mit beeinflusst worden. Als die Ankunft der „Europa“ auf der Rede von Coewes gemeldet wurde, besaßen sich der Reichszugler, der Reichsaussenminister und ihre Begleiter an Bord des Torpedobootsperzörers „Winchester“, dessen Mannschaft zu ihrem Empfang angetreten war. Nach kurzer Fahrt ging die „Winchester“ längsseits der „Europa“, neben deren Riesengröße sie nahezu verschwand. Wieder trat die Mannschaft an, und die deutschen Herren verabschiedeten sich vom Kommandanten, wobei sie für die Aufmerksamkeit der Admiralität, ein Kriegsschiff zu ihrer Verfügung zu stellen, ihren Dank aussprachen.

Als die deutschen Minister an Bord der „Europa“ gingen, wurden sie von dem Kapitän des Schiffes begrüßt. Die Musik spielte die Nationalhymne, und viele der Passagiere, die dem Schauspiel mit Soumpampton und den Kanzler hatten, begrüßten die Neuankommenen lebhaft.

Ueber Bremen geht die Heimreise nach Berlin, wo Brüning und Curtius am Mittwochnachmittag gegen 4 Uhr eintreffen werden.

Frankreich und Italien informiert.

Außenminister Henderson hat den französischen und den italienischen Völkischer im Foreign Office empfangen und ihnen den Inhalt des Beschlusses in Chequers mitgeteilt. Es geschah dies, wie die „Times“ meldet, um die italienische und französische Regierung nicht unnötig lange warten zu lassen.

Deutsche Einladung von MacDonald angenommen.

Ministerpräsident MacDonald und Außenminister Henderson haben die anfängliche deutsche Einladung, die Chequers ausgeproben deutsche Einladung zu einem Gegenbesuch in Berlin angenommen. Der Zeitpunkt und die Einzelheiten dieses Besuchs stehen zur Zeit noch nicht fest.

Ein Gerücht:

Transfer-Moratorium noch diese Woche?

Berlin, 10. Juni.

In politischen Kreisen verlautet gerüchtmäßig, der Reichszugler werde sofort nach seiner Rückkehr das Reichs-Kabinett zusammenberufen, um über das Ergebnis der Besprechungen in Chequers zu berichten.

Entgegen anderslautenden Meldungen kann in diesem

Zusammenhang festgestellt werden, daß ein Beschluß der Reichsregierung, ein Transfer-Moratorium zu erklären (d. h. die Transferes des als ausfallbar bezeichneten Teiles der laufenden Jahreszahlungen aufzuschieben), selbstverständlich zur Zeit noch nicht vorliegt.

Es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß das Kabinett diese Frage auf Grund der Londoner Besprechungen eingehend erörtern wird. In politischen Kreisen hat man keinen Zweifel darüber, daß das Reichs-Kabinett nicht umhinnehmen wird, einen derartigen Beschluß zu fassen. Jedoch dürfte der Reichszugler vor der Veröffentlichung eines derartigen Beschlusses dem Reichspräsidenten in Weidau Vortrag halten. Nach Lage der Dinge rechnet man also bis spätestens Ende dieser Woche damit, daß die deutsche Reichsregierung die entsprechenden Beschlüsse gefaßt habe, um alle Möglichkeiten des Youngplans auszunutzen.

... und seine Wiederlegung.

Ämlich wird mitgeteilt: Gegenüber Meldungen, nach denen die Reichsregierung in den nächsten Tagen bereits Beschlüsse bezüglich der Ankündigung eines Transfer-Moratoriums treffen werde, wird von zuständigen Stellen festgestellt, daß diese Mitteilungen jeglicher Begründung entbehren. Die Reichsregierung hat keinerlei Beschlüsse gefaßt. Sie wird sich auch durch derartige Fehlmeldungen nicht zu vorzeitigen Handlungen drängen lassen. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß Informationen solcher Art geeignet sind, die Reichsregierung in ihrer Handlungsfreiheit zu beeinträchtigen und Schaden anzurichten.

Sauerwein über ein Moratorium.

Die Pariser Presse widmet der Zusammenkunft in Chequers weitere Kommentare. Sauerwein erklärt im „Matin“, daß man sich jetzt in der Richtung auf ein Moratorium bemege. Deutschland wolle seine europäischen Gläubiger zu einer Fühlungnahme mit Washington bewegen, um den Boden für die Ausdehnung des Moratoriums zu bereiten. Die Reichsregierung müsse die Vorteile eines Moratoriums für Deutschland nicht sehr groß sein, so würde es doch erzwungen werden und die Propaganda der äußersten Rechten und Linken im Reich abschwächen.

Nach der Meinung des „Echo de Paris“ haben die Engländer in Chequers den deutschen Anprüdungen widerstanden und darauf hingewiesen, daß die Lösung der Reparationsfrage nur in Washington zu finden sei. Es ist jedoch unvorstellbar, zu glauben, daß die Verhandlungen mit der Begegnung in Chequers erschöpft sein könnten. Das sei vielmehr nur ein Anfang.

Amerika und die Schuldenfrage.

Keine Revision ohne wirkliche Abwicklung.

Die amerikanische Schuldenfrage ist ein Thema, das in den letzten Tagen in Washington wiederholt zur Sprache gekommen ist. Die amerikanische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach mit der deutschen Regierung in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeit einer Revision der Youngplans zu erörtern. Die amerikanische Regierung hat jedoch betont, daß eine Revision der Youngplans nur auf der Grundlage einer wirklichen Abwicklung der deutschen Schulden möglich ist. Die amerikanische Regierung hat sich in der letzten Zeit mehrfach mit der deutschen Regierung in Verbindung gesetzt, um die Möglichkeit einer Revision der Youngplans zu erörtern. Die amerikanische Regierung hat jedoch betont, daß eine Revision der Youngplans nur auf der Grundlage einer wirklichen Abwicklung der deutschen Schulden möglich ist.

Angestelltenvertreter beim Finanzminister.

Wänderungswünsche zur Notverordnung.

Berlin, 10. Juni.

In einer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister trugen Vertreter der Organisationen der Behördenangestellten ihre Bedenken gegen die neue Gehaltskürzung vor. Sie forderten eine Abänderung der Notverordnung dahin, daß auch die Behördenangestellten statt der Gehaltskürzung der Kräftehoheit unterworfen werden sollten, falls eine neue Besetzung nicht vermeiden werden könne. Gleichfalls wurde von den Organisationen die alsbaldige Herabsetzung